

Versteigerer

Prinzipielle Erlaubnispflicht

Im Grundsatz braucht derjenige, der gewerbsmäßig fremde bewegliche Sachen, fremde Grundstücke oder fremde Rechte versteigern will, eine **Erlaubnis** gemäß § 34b Abs. 1 der Gewerbeordnung (GewO).

Ausnahmen von der Erlaubnispflicht

Keine Erlaubnispflicht besteht für:

- Internetauktionen;
- Verkäufe, die nach gesetzlicher Vorschrift durch **Kursmakler** oder durch die hierzu **öffentlich ermächtigten Handelsmakler** vorgenommen werden;
- **Versteigerungen**, die **von Behörden oder von Beamten** vorgenommen werden;
- Versteigerungen, zu denen als **Bieter nur Personen** zugelassen werden, **die Waren** der angebotenen Art **für ihren Geschäftsbetrieb ersteigern wollen**.

Voraussetzungen und Versagungsgründe

Antragsberechtigt sind natürliche und juristische Personen. Die **Erlaubnis** wird von der zuständigen Behörde (i.d.R. Gewerbeamt) erteilt, **soweit keine Versagungsgründe** vorliegen.

Ein Versagungsgrund ist die **fehlende Zuverlässigkeit** des Antragstellers. Die Zuverlässigkeit fehlt i.d.R. bei einer Verurteilung des Antragstellers wegen Vermögens- oder Eigentumsdelikten, es sei denn, die Verurteilung liegt länger als fünf Jahre zurück.

Ein weiterer Versagungsgrund liegt vor, wenn der Antragsteller **in ungeordneten Vermögensverhältnissen** lebt. Dies ist i.d.R. der Fall, wenn bereits ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des Antragstellers eröffnet wurde oder er in das vom Insolvenz- oder Vollstreckungsgericht zu führende Verzeichnis eingetragen ist.

Der Nachweis einer **besonderen Sachkunde** ist für die Erlaubniserteilung nicht erforderlich. Aber: der Versteigerer ist verpflichtet, sich mit geltendem Recht vertraut zu machen und fachspezifische Kenntnisse (Versteigererverordnung) zu besitzen.

Antragsunterlagen

Um zu prüfen, ob Versagungsgründe vorliegen, benötigt die Erlaubnisbehörde folgende Unterlagen, die **dem Antrag beizufügen** sind:

- Personalausweis oder Pass und Meldebescheinigung;
- Aufenthaltsberechtigung (bei Antragstellern aus Nicht-EU-Staaten);

- Polizeiliches Führungszeugnis zur Vorlage bei einer Behörde (nicht älter als 3 Monate, zu beantragen bei der polizeilichen Meldestelle/Bürgeramt);
- Auszug aus dem Gewerbezentralregister (nicht älter als 3 Monate, zu beantragen bei der polizeilichen Meldestelle/Bürgeramt);
- Auskunft aus dem Schuldnerverzeichnis des Amtsgerichtes des Wohnsitzes der letzten 3 Jahre/bzw. des Betriebssitzes;
- Bescheinigung des zuständigen Amtsgerichtes, dass kein Insolvenzverfahren vorliegt bzw. anhängig ist;
- sofern die Antragstellerin eine juristische Person ist, notarielles Protokoll der Gesellschafterversammlung zur Firmengründung und zur Bestellung des/der Geschäftsführer(s);
- falls bereits eine Eintragung ins Handelsregister erfolgte, so ist auch der Handelsregisterauszug beizufügen.

Auf Antrag können **besonders sachkundige Versteigerer** öffentlich bestellt und vereidigt werden, vgl. Ausführungen auf Seite 4 und 5.

Gewerbe- anmeldung

Nach Erteilung der Erlaubnis nach § 34b GewO ist vor Aufnahme der gewerblichen Tätigkeit der Beginn des Gewerbes beim zuständigen Gewerbeamt anzuzeigen.

Vorbereitung der Versteigerung

Erst **nach dem Erhalt der Erlaubnis und der Gewerbeanmeldung** kann mit den Vorbereitungen der Versteigerung begonnen werden. Neben § 34b GewO sind dabei die Vorschriften der Versteigererverordnung zu beachten. Im Einzelnen bedeutet dies Folgendes:

1. Anzeige

Der Versteigerer hat **jede Versteigerung** spätestens **zwei Wochen vor** dem in Aussicht genommenen **Versteigerungstermin** der zuständigen Behörde (i.d.R. Gewerbeamt) sowie der Industrie- und Handelskammer, in deren Bezirk die Versteigerung stattfinden soll, **schriftlich anzuzeigen**.

Die Behörde kann die Frist in Ausnahmefällen, insbesondere bei leicht verderblichem Versteigerungsgut, auf Antrag abkürzen. Bei der Versteigerung von landwirtschaftlichem Inventar, landwirtschaftlichen oder forstwirtschaftlichen Erzeugnissen oder Vieh ist keine Anzeige erforderlich.

2. Inhalt der Anzeige

In der Anzeige sind anzugeben:

- Ort und Zeitpunkt der Versteigerung
- Gattung der zu versteigernden Waren
- bei Versteigerung von Neu- / Verbrauchswaren (siehe Verbote)
 - Anlass der Versteigerung
 - Name und Anschrift der Auftraggeber.

3. Verzeichnis

Der Versteigerer hat bis spätestens zwei Wochen vor der Versteigerung ein **Verzeichnis der zu versteigernden Sachen**

anzufertigen, das jedoch der Anzeige nicht beigefügt zu werden braucht.

In dem Verzeichnis ist das Versteigerungsgut jedes Auftraggebers einheitlich zu kennzeichnen. Die Sachen, die dem Versteigerer gehören, sind gesondert aufzuführen. Bei Briefmarken- und Münzversteigerungen ist ein Verzeichnis entbehrlich.

Durchführung der Versteigerung (Ablauf)

1. Vertrag

Der Versteigerer darf **nur auf Grund eines schriftlichen Vertrages** mit dem Auftraggeber versteigern.

2. Besichtigung

Der Versteigerer hat den Bietern **mindestens zwei Stunden** die Gelegenheit zur **Besichtigung** des Versteigerungsgutes zu geben. Die Behörde kann Ausnahmen zulassen. Die Gelegenheit zur Besichtigung kann auch an Sonn- und Feiertagen erfolgen.

3. Versteigerungszeiten

Versteigerungen sind grundsätzlich **nur an Werktagen** möglich, es sei denn, es handelt sich um verderbliche Ware. Die Versteigerung darf **maximal sechs Tage** dauern. Mit einer **neuen Versteigerung** am Ort der vorhergehenden Versteigerung darf **erst fünf Tage nach** Beendigung der **vorhergehenden Versteigerung** begonnen werden. Die zuständige Behörde kann Ausnahmen von diesen Fristen zulassen.

4. Zuschlag

Der Versteigerer darf den **Zuschlag** erst erteilen, wenn nach dreimaligem Wiederholen des Höchstgebots kein Übergebot abgegeben wird.

Verbote

Dem Versteigerer ist es verboten,

- auf seinen Versteigerungen selbst oder durch einen anderen für sich zu bieten oder ihm anvertrautes Versteigerungsgut zu kaufen;
- seinen nahen Angehörigen oder seinen Angestellten zu gestatten, auf seinen Versteigerungen zu bieten oder ihm anvertrautes Versteigerungsgut zu kaufen;
- für einen anderen auf seinen Versteigerungen zu bieten oder ihm anvertrautes Versteigerungsgut zu kaufen, es sei denn, es liegt ein schriftliches Gebot des anderen vor;
- bewegliche Sachen aus dem Kreis der Waren zu versteigern, die er in seinem Handelsgeschäft führt, soweit dies nicht üblich ist;
- Sachen zu versteigern, an denen er ein Pfandrecht besitzt;
- Neu- und Verbrauchswaren zu versteigern. Dies gilt nicht, wenn das Versteigerungsgut

- zu einem Nachlass oder einer Insolvenzmasse gehört
- wegen Geschäftsaufgabe veräußert wird
- im Wege der öffentlichen Versteigerung auf Grund gesetzlicher Vorschrift (§ 383 Abs. 3 des Bürgerlichen Gesetzbuches) veräußert wird oder eine Ausnahme im Einzelfall zugelassen wurde.

Pflichten

Auf Verlangen der Behörde hat der Versteigerer

- weitere erforderliche Unterlagen herauszugeben;
- eine Vorabbesichtigung des Versteigerungsgutes zu ermöglichen;
- den Nachweis zu erbringen, dass es sich beim Versteigerungsgut um gebrauchte Ware handelt oder ein Ausnahmetatbestand vorliegt.

Der Versteigerer hat zudem die Pflicht, über jeden Versteigerungsauftrag und dessen Abwicklung nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung Aufzeichnungen zu machen, sowie Unterlagen und Belege zu sammeln. Diese Aufzeichnungen, Unterlagen und Belege sind in den Geschäftsräumen drei Jahre aufzubewahren. Die Frist beginnt mit dem Schluss des Kalenderjahrs zu laufen, in dem Aufzeichnungen zu machen, Unterlagen oder Belege zu sammeln waren.

Öffentliche Bestellung

1. In welchen Fällen ist die öffentliche Bestellung erforderlich?

Öffentliche Versteigerungen (Pfandverkäufe und Notverkäufe) erfordern eine besondere Sachkunde und Zuverlässigkeit, weil diese Versteigerungen zwangsweise angeordnet bzw. durchgeführt werden und der jeweilige Eigentümer des Versteigerungsgutes auf den Preis und das Mindestgebot keinen Einfluss nehmen kann. Er muss sich deshalb darauf verlassen können, dass bei der Versteigerung seine Eigentumsinteressen in besonders qualifizierter Weise wahrgenommen werden.

Öffentliche Versteigerungen dürfen daher **nur von öffentlich bestellten Versteigerern** durchgeführt werden. Die Bestellung kann allgemein ausgesprochen werden oder auf bestimmte Arten von Versteigerungen (z.B. Teppiche, Kunst, Maschinen, Grundstücke) beschränkt werden.

2. Wer kann öffentlich bestellt werden?

Nur natürliche Personen (Einzelpersonen) können öffentlich bestellt werden, juristische (z.B. GmbH) nicht.

Voraussetzung für die öffentliche Bestellung ist, dass der Antragsteller **besonders sachkundig und berufserfahren** ist. Berufserfahren bedeutet, dass der Antragsteller bereits mehrere Jahre als Versteigerer tätig war und pro Jahr mehrere Versteigerungen durchgeführt hat. Unter besonderer Sachkunde

versteht man das Vorliegen **überdurchschnittlicher Fachkenntnisse und Erfahrungen**. Der Antragsteller muss sämtliche einschlägigen Bestimmungen der Gewerbeordnung, der Versteigererverordnung, des HGB und des BGB kennen, soweit darin die Zuständigkeiten, die Rechte und die Pflichten eines Versteigerers geregelt werden.

3. Wer prüft bundesweit die besondere Sachkunde?

Im Bundesgebiet wird die öffentliche Bestellung zum Teil durch die Landesministerien, zum Teil durch die IHKn durchgeführt. Die **IHK Bonn/Rhein-Sieg** unterhält für alle IHKn ein **Fachgremium**, das Versteigerer aus dem gesamten Bundesgebiet auf ihre besondere Sachkunde hin **prüft**:

Industrie und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg
Bonner Talweg 17
53113 Bonn

Ansprechpartnerin:
Frau Mario Bülow, Tel.: (02 28) 22 84-135, Fax: (02 28) 22 84-222

Stand: März 2016

Hinweis:

Die Veröffentlichung von Merkblättern ist ein Service der IHK Trier für ihre Mitgliedsunternehmen. Dabei handelt es sich um eine zusammenfassende Darstellung der rechtlichen Grundlagen, die nur erste Hinweise enthält und keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Eine anwaltliche Beratung im Einzelfall kann dadurch nicht ersetzt werden. Obwohl dieses Merkblatt mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt wurde, kann eine Haftung für die inhaltliche Richtigkeit nicht übernommen werden.

Herausgegeben von der Industrie- und Handelskammer Trier.

**Geschäftsfeld Recht und Beitrag
Geschäftsbereich Zentrale Dienste und Recht**

Ansprechpartner:

Simon Adams 0651/97 77 -403
<mailto:adams@trier.ihk.de>

Jennifer Schöpf 06 51/ 97 77-4 11
<mailto:schoepf@trier.ihk.de>